

# Wie am besten Jobs retten?

**Konjunktur** Ökonomen und Politiker streiten um das «richtige» Hilfspaket

**Politiker von links und rechts wollen die Konjunktur stützen. Sie lancieren dazu kostspielige Ideen am Laufmeter. Das taugen die vielen Vorschläge.**

DANIEL IMWINKELRIED

Strassen bauen, Steuern senken oder doch besser in die Ausbildung der Jugend investieren? Immer wenn es mit der Wirtschaft abwärtsgeht, entbrennt unter Ökonomen und Politikern eine hitzige Diskussion über die «richtige» Konjunkturpolitik. Bürgerliche Politiker favorisieren meist Steuerensenkungen, damit den Menschen mehr Geld für Einkäufe bleibt. Dagegen setzen Gewerkschafter gerne auf Bauinvestitionen, den Klassiker der Konjunkturprogramme.

Knifflig ist die Lage derzeit, weil die Exportfirmen am meisten unter der Rezession leiden. Viel kann die Schweiz nicht für sie tun. Ein Werkzeugmaschinenhersteller, der von der Krise der Autoindustrie betroffen ist, hat nichts davon, wenn die Schweiz Schienen und Strassen durch die Landschaft zieht. Ein Überblick, wie Ökonomen und Politiker Arbeitsplätze retten wollen:

**BAUEN:** Der Bund ist durchaus bereit, seine Schatulle zu öffnen. So sollen Investitionen in den Hochwasserschutz (66 Mio. Franken) und

in die Wohnbauförderung (45 Mio. Franken) vorgezogen werden. Dem Schweizer Gewerkschaftsbund reicht dies allerdings nicht. Chefökonom Daniel Lampart fordert ein Investitionsprogramm von 5 Mrd. Franken. Davon würde die hiesige Bauwirtschaft direkt profitieren, da die Aufträge zum grössten Teil in der Schweiz blieben. Trotzdem sind viele Ökonomen skeptisch. «Noch läuft es der Bauwirtschaft gut», sagt Yngve Abrahamsen von der Konjunkturforschungsstelle der ETH KOF. «Die Branche hat keine Hilfe nötig.» Zudem dauert es lange, bis die Behörden neue Bauwerke bewilligt haben. Möglicherweise hat dann die Konjunktur bereits wieder an Fahrt gewonnen.

**KAUFKRAFT ERHÖHEN:** Für die Bauern gibt es regelmässig Geld vom Staat, und das dürfte SVP-Präsident Toni Brunner inspiriert haben: Vor einigen Wochen forderte er, den regulären Bundesüberschuss von 2008 an die Steuerzahler auszuschütten. Diese könnten sich über 500 Franken freuen. Klar: Jedermann erhalte gerne einfach so diese Summe auf die Hand. Doch das wäre wohl hinausgeworfenes Geld. Denn die Schweizer sparen gerne, und die hiesigen Firmen importieren viel. «Ein grosser Teil des Geldes würde daher ins Ausland abfliessen und käme der Schweizer

Wirtschaft gar nicht zugute», kritisiert Urs Müller, Chefökonom von Bak Basel Economics.

Zudem: Warum soll der Staat reiche Steuerzahler subventionieren, damit sich diese einen noch grösseren Flachbildschirm-TV kaufen können? Lampart glaubt die Lösung des Problems zu kennen: Er will nur Menschen mit tiefen und mittelgrossen Einkommen helfen. Dazu soll der Staat die Familienzulagen erhöhen und die Verbilligung der Krankenkassenprämien aufstocken. Wer wenig verdient, kann sich nicht jeden Wunsch erfüllen und ist daher froh um jeden Franken, der zusätzlich ausgegeben werden kann. «Das heisst, eine Erhöhung der Kaufkraft um 1 Prozent führt fast zu einem entsprechend höheren Bruttoinlandsprodukt», so Lampart.

**ZINSEN SENKEN:** Für Urs Müller ist die Geldpolitik das wirkungsvollste Instrument, um der Wirtschaft aus der Krise zu helfen. Tiefere Zinsen entlasten die Hypothekarschuldner und Firmen. Auf die Geldpolitik schwört auch Lampart vom Gewerkschaftsbund: «Die Nationalbank kann den Franken weniger attraktiv machen, indem sie die Zinsen senkt.» Das erhöht die Chancen der Exportfirmen. Wenn allerdings alle Länder eine solche Politik verfolgen, verpufft die Wirkung.

Zudem werden die tiefen Zinsen nicht sofort Wunder wirken. Banken scheuen das Risiko und sie müssen trotz der Tiefzins-Politik der Notenbanken am Finanzmarkt viel Geld für Kapital bezahlen. Im Zweifelsfall geben sie daher derzeit eher zu wenig Kredit als zu viel.

**MITARBEITER WEITERBILDEN:** Unbestritten ist, dass es nie schaden kann, wenn Firmen in Krisen Angestellte weiterbilden. Dafür können sie auf das Geld der «Arbeitsbeschaffungsreserven» zurückgreifen. Allerdings droht die ständige Gefahr von «Mitnahme-Effekten». Das heisst, die Firmen verwenden Reserven oder Steuergelder für Projekte, die sie ohnehin, aber auf andere Weise finanziert hätten.

Die Diskussion über das «richtige» Konjunkturprogramm wird sich in den nächsten Wochen noch verschärfen – erst recht, wenn die Wirtschaft mehr schrumpft als befürchtet. In der zweiten Januarhälfte will der Schweizerische Gewerkschaftsbund seine Vorschläge präsentieren: Heftige Reaktionen sind gewiss. Einigkeit herrscht eigentlich bei Links und Rechts nur darüber, dass der Staat aus Angst vor tieferen Steuereinnahmen jetzt nicht seine Ausgaben kürzen sollte. Diese Politik hat der Schweiz in den 90er-Jahren stark geschadet.

Gisler



MARKUS GISLER

## Fusionswelle bei den Gemeinden

**DIE NEUESTE STATISTIK ÜBER** die Gemeinden der Schweiz enthält eine kleine Sensation: Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Gemeinden der Schweiz um über 3 Prozent oder konkret um 79 Orte auf 2636 gesunken. Noch nie seit der Gründung der modernen Schweiz 1848 war der Rückgang so stark. Ein Blick in die Statistik veranschaulicht diese Trendwende. Von 1900 bis 1950 nahm die Zahl der Gemeinden nur um 63 Einheiten ab. Die Dynamik von Fusionen und Eingemeindungen setzte erst in den letzten Jahren ein. Ende 2000 lag der Bestand an politisch unabhängigen Gemeinden noch bei 2899, also um 263 Einheiten höher.

**DER TREND STEHT IN** direktem Zusammenhang mit den höheren Anforderungen, die heute an Gemeinden gestellt werden, insbesondere im Bereich der Infrastruktur für die Informationstechnologie. Für kleine Gemeinden wird es immer schwieriger, für die zu lösenden Aufgaben noch qualifizierte Leute zu finden. Viele Arbeiten werden dort noch freiwillig oder zu ganz kleinen Entschädigungen verrichtet, was nicht ohne Goodwill der Bevölkerung funktioniert. Weil aber die Effizienz einer Gemeinde nach Ansicht von Fachleuten erst ab rund 5000 Einwohnern ein wirklich optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht, sind immer mehr Gemeinden bereit, die Unabhängigkeit aufzugeben und zu fusionieren. Einem Hammerschlag gleich hatten 2006 die dreissig Gemeinden des Kantons Glarus an einer Landsgemeinde beschlossen, sich zu noch drei Gemeinden zusammenzuschliessen. Diese Fusion soll 2011 in Kraft treten.

**WEDER IN DEN KANTONEN AARGAU,** Solothurn oder Baselland kam es im vergangenen Jahr zu einer Fusion, doch im kommenden Jahr wird sich das gründlich ändern. Im Kanton Solothurn schliessen sich die vier Gemeinden Balm, Brunnenthal, Messen und Oberramsen zusammen, im Kanton Aargau sind vier Fusionen mit insgesamt elf Gemeinden beschlossen. Mindestens weitere zehn Fusionen sind beantragt.

**AKTUELL ZÄHLEN IMMER NOCH** knapp die Hälfte der jetzt noch 2636 Gemeinden der Schweiz weniger als 1000 Einwohner. Das Potenzial für Zusammenschlüsse ist also bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Zu einem Musterfall mit schweizweiter Beachtung wurde der Zusammenschluss der Gemeinden Rapperswil und Jona per 2007. Die neue Gemeinde zählt nun über 25000 Einwohner. Der Erfolg war durchschlagend. So wurde ein völlig neues Konzept für den öffentlichen Verkehr realisiert, das eine Reihe umliegender Gemeinden einschliesst. Die neue Grossgemeinde erhielt im Kanton einen viel höheren Stellenwert, und die Wirtschaft begann zu investieren. Als Effekt konnte der Steuerfuss weiter gesenkt werden. Überhaupt scheinen die Steuern einer von zwei entscheidenden Knackpunkten für ein Ja zur Fusion zu sein. Entscheidend ist, dass der tiefste Steuersatz innerhalb der fusionswilligen Gemeinden zugesichert werden kann. Ist das nicht möglich, kommt die Fusion in der Regel nicht zustande.

**EIN ZWEITER KNACKPUNKT** sind die Politiker. Solange Gemeindepräsidenten ihre kleinen Königreiche verteidigen, sind Fusionen schwierig umzusetzen. Nötig ist dann ein starkes Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft. Häufig ist die lokale Wirtschaft die treibende Kraft, etwa der Gewerbeverband oder eine Wirtschaftskammer. Vor allem aber braucht es Personen, die sich der Aufgabe verschreiben. Politbeobachter sind überzeugt, dass der Trend, Gemeinden zu grösseren Einheiten zusammenzulegen, in absehbarer Zeit auch die Kantone erfassen wird. Ein erster Versuch, nämlich den Kanton Waadt mit dem Kanton Genf zu fusionieren, war allerdings vor einigen Jahren gescheitert. [wirtschaft@azag.ch](mailto:wirtschaft@azag.ch)

# Alcoa entlässt Tausende von Angestellten

**Rohstoffe** Die Gehälter der verbleibenden Angestellten des Aluminium-Giganten werden eingefroren

Der führende US-Aluminiumkonzern Alcoa streicht wegen der globalen Talfahrt weltweit mehr als 15000 Arbeitsplätze, kürzt die Produktion nochmals massiv und verkauft Randsparten. Betroffen ist auch der Europa-Hauptsitz in Genf, wo 90 Angestellte arbeiten. Der Abschwung mache schnelle Entscheidungen nötig, begründete Konzernchef Klaus Kleinfeld die drastischen Einschnitte. Weltweit fallen 13500 feste Stellen und damit 13 Prozent aller Arbeitsplätze weg. Zusätzlich streicht der Konzern 1700 Jobs von externen Temporärarbeitern. Die Gehälter der verbleibenden Mitarbeiter werden eingefroren. Zur genauen Zahl der in Europa wegfallenden Arbeitsplätze wollte Alcoa keine Angaben machen. Die Mitarbeiter seien aber zumeist bereits in den vergangenen Wochen informiert worden, sagte ein Sprecher.

Die Preise für Aluminium sind seit ihrem Rekordwert im Sommer 2008 um die Hälfte eingebrochen. Alcoa fährt die Jahresproduktion nochmals um fast 20 Prozent herunter. Konkurrenten wie Rio Tinto und die russische Rusal kündigten ebenfalls Sparmassnahmen an. Insgesamt will Alcoa vier Randsparten mit 22600 Beschäftigten abtossen. Sie erzielten zuletzt einen Umsatz von rund 1,8 Mrd. Dollar bei einem Verlust von 105 Mio. Dollar. Durch den Konzernumbau erwartet Alcoa Kosten von bis zu 950 Mio. Dollar. (DPA)



**MARGENDRUCK** Die Preise für Aluminium sind seit dem Sommer 2008 um die Hälfte gefallen. REUTERS

## Nachrichten

### Solar-Branche spürt Flaute

**Der Berner Oberländer Spezialsägemaschinen-Produzent Meyer Burger passt seine Kapazitäten an die verschlechterte Wirtschaftslage an. Am Standort Thun wurden in der Produktion Temporärstellen abgebaut. Auch Feriensaldi und Überstunden sowie unbezahlte Urlaube sollen bezogen werden. Weitere Massnahmen werden vorbereitet. Die Umsatzerwartung für 2008 von rund 450 Mio. Franken wird bekräftigt, dieses Jahr dürfte aber schwieriger werden.** (AP)

**Chemie-Gigant Lyondell muss sich umschulden**  
Die Finanzkrise und die Konjunkturfalte haben das US-Geschäft des Chemieriesens Lyondell-Basell schwer getroffen. Der niederländische Konzern beantragte für sein US-Geschäft Gläubigerschutz nach Kapitel 11 des US-Konkursrechts. Unter dem Chapter-11-Schutz will die Firma ihre Finanzierung neu strukturieren. Lyondell-Basell ist der drittgrösste Chemiekonzern der Welt. Er entstand erst Ende 2007, als Basell den US-Konkurrenten Lyondell übernahm. Zu den Gläubigern der Firma gehört auch die UBS. (DPA)

**Chip-Hersteller Intel senkt die Prognose massiv**  
Der US-Chiphersteller Intel hat die Umsatzprognose erneut stark gesenkt. Für das vierte Quartal erwartet der Hersteller von Computer-Prozessoren nur noch einen Umsatz von 8,2 Mrd. Dollar, 23 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Grund dafür sei die anhaltend schwache Nachfrage von Endkunden und Bestandsverminderungen bei den PC-Herstellern. Dazu wird die Bilanz durch Abschreibungen von 950 Mio. Euro belastet, die Intel wegen des Aktienwertverfalls des Internet-Anbieters Clearwire abschreiben muss. (AP)

**Marks & Spencer Hoher Umsatzrückgang**  
Die schlechten Nachrichten für den britischen Detailhandel reissen nicht ab: Die Kaufhauskette Marks & Spencer (M&S) streicht nach einem Umsatzrückgang 1230 Stellen. Der flächenbereinigte Umsatz sei in Grossbritannien in den 13 Wochen bis zum 27. Dezember 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 Prozent gefallen, teilte das Unternehmen mit. In Grossbritannien sind in den vergangenen Monaten wegen der Finanzkrise mehrere Detailhändler, darunter die bekannte Kaufhauskette Woolworth, in Konkurs gegangen. (DPA)